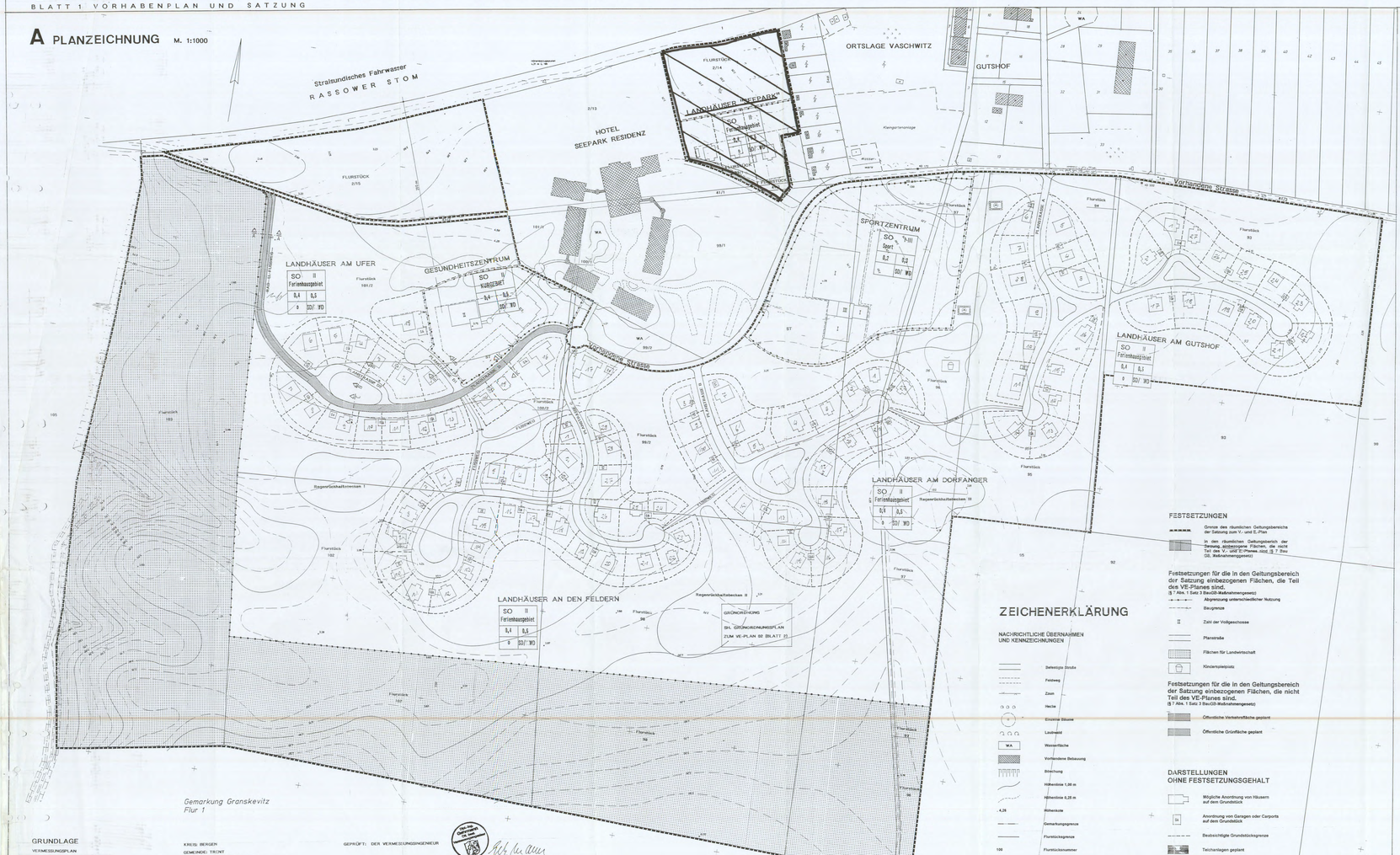
# VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN 02 FÜR DAS GEBIET SEEPARK RESIDENZ

BLATT 1 VORHABENPLAN UND SATZUNG

## A PLANZEICHNUNG M. 1:1000




### GRUNDLAGE

VERMESSUNGSPLAN

INGENIEURBÜRO H.D. GEHRMANN
(GRUNDLAGENPLAN, FEBR.94)

KREIS: BERGEN
GEMEINDE: TRENT
GEMARKUNG: VASCHWITZ, FLUR 1
FLURSTÜCKE: 93(TEILW.), 94, 95(TEILW.), 96, 97, 98, 99/1(teilw.), 99/2(teilw.), 100/2(teilw.), 101/2, 102, 103, 2/15, 2/14(teilw.), 41/1(teilw.)

GEPRÜFT: DER VERMESSUNGSINGENIEUR

Siegel

Stempel/Unterschrift

### ZEICHENERKLÄRUNG

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND KENNZEICHNUNGEN

- Siefelzige Straße
- Feldweg
- Zaun
- Hecke
- Einzelne Bäume
- Laubwald
- WA Wasserfläche
- Vorhandene Bebauung
- Böschung
- Höhenlinie 1,00 m
- Höhenlinie 0,25 m
- Hofkante
- Gemarkungsgrenze
- Flurstücksgrenze
- 100 Flurstücksnummer

FESTSETZUNGEN

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Satzung zum V.- und E.-Plan
- In den räumlichen Geltungsbereich der Satzung einbezogenen Flächen, die nicht Teil des V.- und E.-Planes sind, (§ 7 Bau GB, Maßnahmengesetz)

Festsetzungen für die in den Geltungsbereich der Satzung einbezogenen Flächen, die Teil des VE-Planes sind. (§ 7 Abs. 1 Satz 3 BauGB-Maßnahmengesetz)

- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Baugrenze
- II Zahl der Vollgeschosse
- Planstraße
- Flächen für Landwirtschaft
- Kinderspielplatz

Festsetzungen für die in den Geltungsbereich der Satzung einbezogenen Flächen, die nicht Teil des VE-Planes sind. (§ 7 Abs. 1 Satz 3 BauGB-Maßnahmengesetz)

- Öffentliche Verkehrsfläche geplant
- Öffentliche Grünfläche geplant

DARSTELLUNGEN OHNE FESTSETZUNGSGEHALT

- Mögliche Anordnung von Häusern auf dem Grundstück
- Anordnung von Garagen oder Carports auf dem Grundstück
- Bestehe/nde Grundstücksgrenze
- Teichanlagen geplant
- Flächen für Aufschüttungen

## B TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN ZUM VORHABEN- U. ERSCHLIESSUNGSPLAN 02

### I. PLANUNGSRECHTLICHE VORSCHRIFTEN

1. Bereich: Landhäuser

1.1 Art der baulichen Nutzung
- SO Ferienhausgebiet

1.1.1 Das Ferienhausgebiet, aufgeteilt in 5 Siedlungsbereiche:
- Landhäuser am Ufer,
- Landhäuser an den Feldern,
- Landhäuser am Dorfanger,
- Landhäuser am Gutshof,
- Landhäuser am Gesundheitszentrum

sind den touristischen Zwecken dienenden Anlagen und Einrichtungen zur Versorgung des Gebietes, sowie
- Wohnungen für Betriebsinhaber, Betriebsleiter, Personen, die im Beherbergungsbetrieb und in Versorgungs- Verkaufs- und Schankeinrichtungen tätig sind,

1.1.2.3 Anlagen für die Verwaltung der Wohn- und Ferienhäuser,
1.1.2.4 Anlagen und Anlagen für den durch die zugelassene Nutzung verursachten Bedarf.

1.1.3 Ausnahmsweise können zugelassen werden:
1.1.3.1 Sonstige, dem Wohn- und Ferienhausgebiet dienende, nicht störende Gewerbebetriebe.

1.2 Maß der baulichen Nutzung
- Grundflächenzahl 0,4
- Geschoßflächenzahl 0,6
- Zahl der Vollgeschosse II (SAS 2 Geschoss max. in einem Dachgeschoss über 50% Grundfläche)
- Höhe bauliche Anlagen: OK First = + 9,00, bezogen auf Ordinate FF im EG

1.3 Bauweise
- Offene Bauweise

1.4 Überbaubare Grundstücksfläche
- Ein Vortreten von Gebäudeteilen (wie Mauerpfeiler, Loggien, Balkone, Erker, Treppenhäuser, etc.) ist max. 1 m zulässig.

2. Bereich: Sportzentrum

2.1 Art der baulichen Nutzung
- SO Sport

2.1.1 Das Sondergebiet - Sportzentrum Seepark Residenz - dient sportlichen und gesundheitlichen Zwecken sowie der Erholung. Es umfaßt die Anlagen und Einrichtungen zur Versorgung des Gebietes, zur Freizeitunterhaltung und zur Ausund Fortbildung.
2.1.2 Tennis-, Squash- und Badmintonanlagen sowie Tennisausrüstung.
2.1.2.2 Fahrradverleihstation und PKW-Abstellplätze.
2.1.2.3 Anlagen für die Verwaltung des Sportzentrums,
2.1.2.4 Anlagen für die Verwaltung des Sportzentrums,
2.1.2.5 Sonstige, dem Sportzentrum angegliederte Gewerbebetriebe, wie Verkaufsstellungen, Schank- und Speisewirtschaften.
2.1.2.6 Wohnräume für den durch die zugelassene Nutzung verursachten Bedarf.

2.2 Maß der baulichen Nutzung
- Grundflächenzahl 0,2
- Geschoßflächenzahl 0,3
- Zahl der Vollgeschosse I –II
- Höhe bauliche Anlagen: OK First = + 13,00, bezogen auf Ordinate FF im EG

2.3 Überbaubare Grundstücksfläche
- Baugrenze
- Ein Vortreten von Gebäudeteilen (wie Mauerpfeiler, Loggien, Balkone, Erker, Treppenhäuser, etc.) ist max. 1 m zulässig.

3. Bereich: Gesundheitszentrum

3.1 Art der baulichen Nutzung
- SO Kurgebiet

3.1.1 Das Kurgebiet - Gesundheitszentrum am Rassower Strom - dient zum Zwecke der Gesundheitserhaltung (Prävention) sowie zum dazugehörigen Anlagen und Einrichtungen zur Versorgung des Betriebes.
3.1.2 Zulässig sind:
3.1.2.1 Gebäude, Anlagen und weitere Einrichtungen für diagnostische Maßnahmen, stationäre und/oder ambulante medizinisch-therapeutische Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung (Prävention; vergl. u.a. §§1, 11 und 23 SGB V) sowie für Kurzwecke,
3.1.2.2 Gebäude, Anlagen und weitere Einrichtungen für Aktivitäten, Maßnahmen und Behandlungen, die geeignet sind, den gesamten Zweck zu fördern (z.B. Einrichtungen für Bewegungstherapie),
3.1.2.3 Entsprechende Dokumentations-, Forschungs- und Schulungs- bzw. Seminareinrichtungen,
3.1.2.4 Gebäude, Anlagen und weitere Einrichtungen zur Sicherstellung der entsprechenden strukturellen und personellen Infrastruktur (z.B. Personal- und Verwaltungsgebäude),
3.1.2.5 Sonstige, dem Kurbetrieb dienende Einrichtungen, wie Verkaufsstellungen, Schank- und Speisewirtschaften.
3.1.2.6 Wohnräume und Garagen für den durch die zugelassene Nutzung verursachten Bedarf.

3.2 Maß der baulichen Nutzung
- Grundflächenzahl 0,4
- Geschoßflächenzahl 0,6
- Zahl der Vollgeschosse II (SAS 2. Geschoss darf in einem Dachgeschoss max. 50% Grundfläche)
- Höhe bauliche Anlagen: OK First = + 10,00, bezogen auf Ordinate FF im EG

3.3 Überbaubare Grundstücksfläche
- Baugrenze
- Ein Vortreten von Gebäudeteilen (wie Mauerpfeiler, Loggien, Balkone, Erker, Treppenhäuser, etc.) ist max. 1 m zulässig.

### II. FESTSETZUNG ZUR GESTALTUNG

1. Gestaltung der Außenwände

1.1 Die Gebäude werden in ihren äußeren Erscheinungsbild durch Farbtöne und Materialien den vorherrschenden Gegebenheiten angepaßt.

1.1.1 Die Außenwandflächen sind in einem rötenartschen Kratzputz oder in einer Decker-Holzschalung auszuführen. Für Sonnenpaneelen Wandbereiche ist der Einsatz von Naturstein und Ziegel zulässig.

1.1.2 Nicht zugelassen sind folgende Baustoffe: Wellplatten aus Kunststoff und Metall, Riemchenverkleidungen, Asbestzementverkleidungen, Kunststoff, Glas, Spiegelglas, Spaltklinker, Waschbetonplatten, Kalksandsteine, Edelmetalle, Aluminium, Blechdächer oder künstlich strukturierte Betonoberflächen, ungestrichenes Metall.

1.1.3 Farbgebung:
Putzflächen und Holzschalungen sind weiß zu streichen. Holzflächen bei Fachwerkkonstruktionen sind mit mittel- bis dunkelbraun, aber nicht schwarz, anstrich, gestrichen werden.

1.1.4 Kragplatten und Balkone sind an den Verkehrsflächen zugewandten Fassaden nicht zulässig.

1.1.5 Oberirdische Geschosse sind unzulässig.

1.1.6 Als Fensterverglasung ist in der Regel Klarglas zu verwenden. Buntglaser, Glasbausteine, Butzenscheiben und Kunststoffverglasungen sind nicht zugelassen.

2. Gestaltung der Dächer

2.1 Es sind nur geneigte Dächer mit einer Dachneigung von mind. 27° bis max. 45° zulässig. In Landhäuser und Bereich 3 - Gesundheitszentrum sowie geringe Dachneigungen bis zu einer Neigung von mind. 12° bis max. 30° (Bereich 2 - Sportzentrum) zulässig.

2.2 Als Dachformen sind zulässig:
Giebelgenagte Satteln- oder Walmdächer und Krüppelwalmdächer sowie zusammengesetzte Dächer, die diesen Formen entsprechen. Bei Bauobjekten mit quadratischen oder kreisförmigen Grundrissen sind Zelt- bzw. Kegeldächer zulässig.

2.3 Als Deckungsmaterial werden Tonziegel zugelassen. Betondachsteine, die in ihrer Oberfläche, Größe und Farbe den Tonziegeln entsprechen, sind ebenfalls zulässig. Für Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen sind in Bereich 2 - Sportzentrum ist eine Trapezblechdeckung zulässig.

2.4 Dachgauben sind in der Achse der darunterliegenden Öffnungen anzuordnen. Der Abstand vom Ortgang muß mindestens 1,00 m betragen. Die Gauben sind mit einer Breite von max. 2,50 in und einem Mindestabstand untereinander von 1,00 m zulässig. Dachaufbauten sowie Gauben, die in Gruppen angeordnet sind, gelten bei Reetdächern zulässig, sie müssen sonst angeordnet werden. Die Summe der Gaubenbreiten darf höchstens 1/2 der Breite der Dachfläche betragen.

Zwerchhäuser sind zulässig; ihre Firste müssen mindestens 50 cm niedriger sein, als die des Hauptdaches. Die Breite der Zwerchhäuser darf die Hälfte der Dachlänge nicht überschreiten. Als Dachdeckung gilt die Eindeckung mit dem gleichen Material wie das Hauptdach. Für Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen sind in der Regel Anlagen mit Aufständer und Neigung bis 30° Grad über Dachhaut zulässig.

2.5 Liegende Dachfenster und Luken sind beschränkt zulässig. Die Summe der Breiten aller auf einer Dachfläche eingebauten Fenster und Luken darf ein Drittel der Dachlänge nicht überschreiten. Als Dachlänge gilt die Entfernung zwischen Ortgang und Ortgang. Dachaufbauten wie Dachterrassen, Dachloggien, Loggien, in der Höhe eingezogene Anbauten und Vordächer bleiben dabei unberücksichtigt.

2.6 Der Hellglaskteil der Farbe von Dachsteinen, Abflußrohren und sonstigen Verblechungen ist dem der Dachdeckung anzupassen. Ungleichmäßig glänzende oder stark reflektierende Kunststoffe dürfen nicht verwendet werden. Kupfer ist zulässig.

2.7 Antennen für Rundfunk und Fernsehen sind unterhalb der Dachfläche anzuordnen. Ist ein sicherer Empfang durch eine unter der Dachhaut angebrachten Antenne nicht gewährleistet, so können ausnahmsweise Antennen oberhalb der Dachhaut zugelassen werden, sie sind in diesem Fall so anzuordnen, daß sie von Verkehrsflächen aus nicht sichtbar sind. Parabolantennen sind grundsätzlich unzulässig. Mögliche ist ein Anschluß an eine Gemeinschaftsfernsehanlage.

3. Garagen und Carports

3.1 Garagen und Carports sind an das Hauptgebäude gestalterisch anzugleichen, möglichst unter das abgeschlepptes Dach des Hauptgebäudes einzubeziehen. Garagen und Carports sollen in den gleichen oder mit dem Hauptgebäude harmonierenden Materialien und Farben ausgeführt werden.

4. Stellplätze und Zufahrten

4.1 Nicht überdachte Stellplätze und Zufahrten sind zulässig im ausgewiesenen Grünstreifen zwischen Straße und vorderer Baugrenze über eine max. Breite von 9,00 m. Darüber hinaus sind Zufahrten bis zu den überdachten Einstellplätzen zulässig (Bereich 1 - Landhäuser).

4.2 Treffen Garagen an der Grundstücksgrenze zusammen, so ist ein Pflanzstreifen zwischen den Einfahrten anzuordnen.

4.3 Stellplätze und Zufahrten sind zulässig auf den dafür ausgewiesenen Flächen und innerhalb der durch die ausgewiesenen baulichen Anlagen (Bereich 2 - Sport und Bereich 3 - Gesundheit).

4.4 Zufahrten und ebenerdige Stellplätze sind mit wasserdurchlässigem Material (z.B. Sickersteinen, Pflaster mit Rasenfuge, wassergebundener Decke) zu befestigen. Die Befestigung ist einfarbig vorzusehen.

4.5 Das Aufstellen von Campingwagen ist nicht zulässig.

5. Einfriedungen und Stützmauern

5.1 Einfriedungen an Verkehrsflächen sind aus durfen eingelassenem Naturholz, weißen Mauern oder Hecken auszuführen. Drahtmaschen sind in gleichen Farben wie Einfriedungen zulässig. Einfriedungen sind nur bis zu einer Höhe von 1,20 m zulässig. Sockel dürfen nicht aus unverputzten Mauerwerk, Rohr- oder Betonelementen, Kunststoff-, Drahtmaschenwerk und ähnlichen, Riemchenverkleidungen, Platten aus Kunststoff oder Metall - geschlossenen Bretterwänden - hergestellt oder nachträglich angebracht werden.

5.2 Einfriedungen dürfen eine Höhe von 1,20 in über Oberkante Gehweg nicht überschreiten. Diese Beschränkung gilt nicht für Hecken. Einfriedungen sind dem Gelände anzupassen und in Höhe und Gestalt mit den benachbarten Einfriedungen möglichst abzustimmen.

5.3 Einfriedungen an Verkehrsflächen und seitlichen und rückwärtigen Grenzen dürfen nicht aus - unverputzten Mauerwerk -, Rohr- oder Betonelementen, Kunststoff-, Drahtmaschenwerk und ähnlichen, Riemchenverkleidungen, Platten aus Kunststoff oder Metall - geschlossenen Bretterwänden - hergestellt oder nachträglich angebracht werden.

5.4 Stützmäuerchen für bewegliche Abfallbehälter sind so zu gestalten, daß Behälter nicht sichtbar sind. Stützmauern sind nur bis zu einer Höhe von 1,20 m zulässig. Böschungen in Mischform an öffentlichen Verkehrswegen sind in die Einfriedung zu integrieren.

### III. FESTSETZUNGEN ZUR BEGRÜNUNG

Grünordnungsplan zum VE-02 (Blatt 2)

### IV. ERSCHLIESSUNGSANLAGEN

im Erschließungsplan (Blatt 3)

1. Verkehrsflächen
Gehwegbreite/Lage: 6,50 m breite Planstraßen
Belag: Beton- oder Naturbetonsteiner

2. Straßenquerschnitt (beispielhaft)
im Ausbi Festsetzungen Grünordnungsplan (Blatt 2)

M. 1:100

## VERFAHRENSVERMERKE

1. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Behörde ist gemäß § 246 a Abs. 1 Satz 2 No. 1 BauGB beteiligt worden. (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Der Bürgermeister

2. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 27.04.94 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Der Bürgermeister

3. Die Gemeindevertretung hat am 17.10.94 über die Einleitung des Satzungsverfahrens entschieden und den Entwurf der Satzung mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Der Bürgermeister

4. Der Entwurf der Satzung zum Vorhaben-und Erschließungsplan, bestehend aus Blatt 1 (Planzeichnung Teil A und Textteil B), Blatt 2 Grünordnungsplan, Ring 3 Erschließungsplan sowie der Begründung, haben in der Zeit vom 25.04.95 bis zum 25.05.95 während folgender Zeiten: Montag bis Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr, Montag bis Donnerstag von 13.00 bis 16.00 Uhr öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können am 15.04.95 in der Zeit vom 15.04.95 bis zum 09.05.95 durch Aushang ortsüblich bekanntgemacht worden. (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Der Bürgermeister

5. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 25.07.95 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden. (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Der Bürgermeister

6. "Die katastermäßigen Bestandsangaben sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt." (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Leiter des Katasteramts/Vermessungsamt

7. Die Satzung zum Vorhaben- und Erschließungsplan, bestehend aus Blatt 1 (Planzeichnung Teil A und Textteil B), Blatt 2 Grünordnungsplan, Blatt 3 Erschließungsplan, wurde mit Verfügung vom 27.07.95 Az.: 24.62.20.00 zur Genehmigung vorgelegt. (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Der Bürgermeister

8. Die Genehmigung der Satzung zum Vorhaben- und Erschließungsplan, bestehend aus Blatt 1 (Planzeichnung Teil A und Textteil B) und Blatt 2 Grünordnungsplan, Blatt 3 Erschließungsplan, wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 27.07.95 Az.: 24.62.20.00 zur Genehmigung vorgelegt. (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Der Bürgermeister

9. Die Nebenbestimmungen und Hinweise der genehmigenden Behörde in der Genehmigungsverfügung vom 27.07.95 sind entsprechend Beschluß der Gemeindevertretung vom 17.10.94 erfüllt, die Hinweise sind berücksichtigt. Das wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 27.07.95 Az.: 24.62.20.00 bestätigt. (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Der Bürgermeister

10. Die Satzung zum Vorhaben- und Erschließungsplan, bestehend aus Blatt 1 (Planzeichnung Teil A und Textteil B) und Blatt 2 Grünordnungsplan, Blatt 3 Erschließungsplan, wird hiermit ausgefertigt. (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Der Bürgermeister

11. Die Erteilung der Genehmigung der Satzung zum Vorhaben- und Erschließungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 28.08.95 in der Zeit vom 28.08.95 bis zum 11.09.95 ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 44, 246 a Abs.1 Satz 1 No. 9 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am 28.08.95 in Kraft getreten. (Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift) Der Bürgermeister

Hinweise:

Hinweise:
1. Die Genehmigung der Satzung des Vorhaben- und Erschließungsplanes enthält nichts nach Teil der 27 Genehmigungs-Nr. Gutsgebiet".
2. Die Genehmigung der Satzung ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 28.08.95 durch Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Bergen/Rügen Nr. 17/95 vom 15.09.95 bekanntgemacht worden.
Grüne Kennzeichnung
2. Die Genehmigung für die Teilfläche der 2 Landhäuser "Am Seepark" wurde versagt.

## SATZUNG

DER GEMEINDE TRENT
ÜBER DEN
VORHABEN- U. ERSCHLIESSUNGSPLAN 02
"SEEPARK RESIDENZ"

Aufgrund des § 7 des Maßnahmengesetzes zum Baugesetzbuch in der Fassung v. 28. April 1993 (BGBl. I S.622) sowie nach § 83 der Bauordnung vom 20. Juli 1990 (GB 1. I. Nr. 50 S.929) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom ..... und mit Genehmigung des Innenministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern folgende Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 02 für das Gebiet "SEEPARK RESIDENZ" bestehend aus Blatt 1 (Planzeichnung Teil A und Textteil B), Blatt 2 (Grundordnungsplan) und Blatt 3 (Erschließungsplan), erlassen.

ÜBERSICHTSZEICHNUNG Anlage 1
M. 1:10.000 Blatt 01

Proj.-Nr. Planurkunde Bearb.-Nr.

SEEPARK RESIDENZ
RÜGENTRENT

WIESE FINANZ GbR
MIQUELSTRASSE 42a
14199 BERLIN

VORHABENTRÄGER

VORHABEN- U. ERSCHLIESSUNGSPLAN
02

APRIL 94

KRAUSE & GOLDERMANN
PLANUNGSGESELLSCHAFT mbH
ARCHITEKTEN + STADTPLANER
Kurfürstendamm 66
10707 Berlin
TEL. 8 81 20 20 FAX 8 81 79 10